

Jugendhilfeausschussitzung 21.01.2015

Elternbeirat Schillerstasse

Thema: Geplante Erhöhungen der Elternbeiträge um 10 % sowie Aufstockung der Einkommensstufen um 3 weitere Stufen

1. Die Anhebung der Einkommensstufe 1 - Beitragsfreiheit auf bis **18.000,00 €** - wird **positiv bewertet**.
2. Das **Einführen zusätzlicher Einkommensstufen** wird **positiv bewertet**. Da die Summe aller Einkünfte für die Berechnung der Elternbeiträge maßgeblich ist, sollte es verständlich sein, dass mit steigendem Einkommen auch die Elternbeiträge steigen. Der monatliche Elternbeitrag muss jedoch einem Berechnungsschlüssel folgen, damit der Elternbeitrag auch tatsächlich aus der Steigerung der Einkommen ersichtlich ist. Da ist noch Handlungsbedarf seitens der Stadt Niederkassel.
3. Die generell geplante **Erhöhung der Elternbeiträge um 10 %** wird **NICHT unterstützt!**
Erhöhung der Elternbeiträge um 10 % bedeuten erhebliche Mehrkosten für die Familien in Niederkassel, die durch Lohnerhöhungen nicht ausgeglichen werden können und aus unserer Sicht nicht gerechtfertigt sind.
4. **Zusatzbeiträgen bei Betreuung während Schließungszeiten** der eigentlichen KiTa:
Das bei zusätzlichen Betreuungsbedarf zusätzlich gezahlt werden soll ist schlüssig.
ABER: wie viele **Schließungstage** (inkl Konzeptionstagen) sind je Einrichtung **jährlich** in den „normalen“ Elternbeitrag **eingerechnet**?
Dazu **fehlen Detailangaben** um Handlungsicherheit für Leitung und Eltern zu haben.

5. Wie wird mit dem derzeitigen **GESCHWISTERBONUS** umgegangen?

Beitragspflichtige, die für mehrere Kinder Leistungen in Betreuungseinrichtungen der Stadt Niederkassel in Anspruch nehmen, entrichten Beiträge für die Inanspruchnahme einer Kindertageseinrichtung für das Kind, für das der höchste Beitragssatz zu entrichten ist. **Die weiteren Kinder bleiben beitragsfrei.** Betreuungseinrichtungen in diesem Sinn sind die Kindertageseinrichtungen, die offene Ganztagschule sowie die Kindertagespflege in Niederkassel. Wird daran festgehalten oder sind dort Änderungen zu erwarten?

Elternbeitrag Markusstraße/ Weidenstraße

- neuen Beitragsstufen ein Dorn im Auge. Die Familien in denen beide Elternteile arbeiten gehen, werden unverhältnismäßig belastet. Mit dem Fazit, dass es sich der Wiedereinstieg für Frauen in den Beruf, vor allem auf Teilzeitbasis kaum lohnt. So werden letztendlich die gut ausgebildeten, auf dem Arbeitsmarkt wenig vorhandenen Arbeitskräfte vom Arbeiten abgehalten.

- Die Erhöhung der Beitragssätze um generell 10% ist zu hoch.

Hierzu zwei Zitate von der Homepage der Stadt Niederkassel:

„Ein attraktiver Wohnort mit einem erstklassigen Bildungs- und Betreuungsangebot für Kinder und Jugendliche (...) machen Niederkassel nicht nur für junge Familien attraktiv.“

„Nordrhein-Westfalen soll zum kinder- und familienfreundlichsten Land in Deutschland werden.“

Eine Erhöhung um **10% passt mit dem öffentlich geäußertem Anspruch der Stadt Niederkassel junge Familien zu fördern und zu unterstützen nicht überein.**

Eine moderate Erhöhung um **5%** wäre für junge Familien sicherlich besser zu stemmen.

- Die zusätzlichen Einkommensstufen stellen Familien deutlich schlechter als zuvor und ist vollständig abzulehnen.

- Eine Familie mit einem Einkommen iHv. **85 T€** zahlt bis zu 58%! mehr als bisher (Kinder ab 3 Jahre, 35 Stunden).
Eine Familie mit einem Einkommen iHv. **91 T€** zahlt bis zu 77%! mehr als bisher (Kinder ab 3 Jahre, 35 Stunden).
- Die Einführung und die dazugehörigen Beiträge sind einer Prüfung zu unterziehen. Hier ist vermutlich ein Fehler in der Berechnung passiert oder niemand hat sich Gedanken gemacht, was das für diese Familien bedeutet. Bei zwei berufstätige Eheleute kann ein Elternteil direkt zu Hause bleiben. Die Kosten für den Kindergartenplatz würden die Einnahmen aus der Arbeit komplett auffangen. Hier werden dann Kinder aus der Kita eventuell abgemeldet, weil es aus wirtschaftlichen Dingen keinen Sinn mehr macht. Das kann doch niemals der Anspruch einer familienfreundlichen Stadt sein!
- Zudem birgt die Einführung die Gefahr, dass sich finanzstarke Familien vollständig aus den Kitas der Stadt verabschieden und sich eigene fachlich versierte Kinderbetreuung organisieren mit zusätzlich flexibleren Zeiten. Damit wäre das gesamte neue Modell der Gebührenordnung bereits gescheitert, weil dies erhebliche Mindereinnahmen zur Folge hätte.
- Seitens der Verwaltung wird vorgeschlagen, die Einkommensstufe 1 Beitragsfreiheit auf bis 18.000,00 € zu ändern.

Die Begründung, dass Erlassanträge mit erheblichem Aufwand verbunden sind, ist in erster Linie verständlich. Aber: Von wie vielen Anträgen sprechen wir, die in die Spanne 16-18 T€ fallen? Wie viele Kindergartenplätze werden regulär bezahlt? Pro Kindergartenkind würden der Stadt im Jahr 504 Euro verloren gehen (Annahme Kind 45 Stunden über 3 Jahre, aktuelle Gebühren 42 Euro pro Monat), wenn man nun die Stufe 1 anhebt. Das kann sich aus unserer Sicht nicht rechnen.

Insgesamt ist es unverständlich, dass Eltern mit einem höheren Jahreseinkommen zukünftig deutlich stärker zu Kasse gebeten werden sollen und Familien mit einem geringen Einkommen weniger zahlen. Zudem ändert sich an der "Leistung" der Kinderbetreuung nichts. Es bleibt alles beim alten - aber es wird deutlich teurer. Der höhere Beitragssatz kommt somit in keiner Weise den Kindern zu Gute (zum

Beispiel in Form von mehr **Betreuungspersonal**, erweiterte Öffnungszeiten o.ä.), sondern dient etwas überspitzt gesagt- einzig und allein als Geldbeschaffungsmaßnahme der Stadt. Ebenso hätte man Hundesteuer oder Gewerbesteuer erhöhen können. Aber Gewerbetreibende, die jederzeit abwandern können, mit höheren Steuern zu belegen ist natürlich risikoreicher als Eltern, die sich für die Kommune Niederlassung als Wohnort und Lebensmittelpunkt entschieden haben!

FAZIT / ZUSAMMENFASSUNG

- Anhebung der Einkommensstufe 1 - Beitragserfreiheit auf bis **18.000,00 €** - wird **positiv** bewertet.
- Das **Einführen zusätzlicher Einkommensstufen** wird **positiv** als auch **negativ** bewertet. Das Verhältnis zwischen wenig und hohem Einkommen **missfällt** einigen Eltern. Sie sehen dort eine **Unverhältnismäßigkeit** (Ungerechtigkeit) auch anhand der **Kostenberechnung**.
- **Transparenz** wird beklagt (worin und wieviel wird investiert...Verwaltungskosten...Personalkosten...Renovierungsarbeiten...Neubauten etc.) Hier ist **dringender Handlungsbedarf**.
- Die **große Sorge** kommt auf, dass sich Familien im mittleren Einkommenssektor die Beiträge nicht mehr unbedingt leisten können...oder auch wollen...da das Einkommen des einzelnen Partners 1 zu 1 für den Kita Platz incl. aller anfallenden Kosten verschlungen wird und die **tägliche Arbeitsaufnahme** für einzelne nicht mehr lukrativ erscheinen.
- **Dadurch** könnten Familien gezwungen werden, Ihr Kind aus der Kindertageseinrichtung zu nehmen...für das einzelne Kind wäre das eine **absolute Katastrophe** in Hinblick auf...sozialer Struktur, **Zusammengehörigkeit**, **Lerneffekt**, **Weiterbildung**, **Krankheiten**, **Freundeskreis** etc. Zum wohle des Kindes wäre dies nicht zu verantworten.
- Die **10%ige Erhöhung** findet allgemein keinen positiven Anklang und **Zuspruch**. Es wird eine **max. 5%ige Erhöhung** bevorzugt. Grund dafür ist, dass nach allgemeiner Meinung der Eltern die **Mehrkosten** durchaus einfacher zu stemmen sind.
- Das Verhältnis einer **Betragserrhöhung** in Bezug auf mehr **Betreuungspersonal** (pädagogischer Arbeit, Flexibilität) wird ganz **klar bemängelt**.
- Zu guter Letzt kommt der **leise Verdacht** auf, dass dies ein Versuch ist, sich über das Einkommen der Familien / Eltern zu bereichern bzw. eine **nachhaltige Rücklage** zu bilden!!!

Weg bereiten das Erlernen der Tätigkeit anstelle der ~~Lehrer~~ Stütze

Stufe										
2	72	75	78	27	28	44				
3	109	113	121	37	39	59				
4	147	155	163	47	49	77				
5	183	193	201	61	65	98				
6	218	230	241	76	80	120				
7	253	267	281	98	103	153				
8	289	305	320	119	127	187				
9	327	344	362	158	166	247				
10	360	378	398	178	186	263				
11	396	416	438	198	206	288				
12	436	457	482	217	226	317				
13	496	487	512	249	324	399				
14	526	517	542	279	363	447				

53 356d

Veränderung gegenüber Alt						
2	10,8	10,3	9,9	8	7,7	4,8
3	10	10	10	9	11	5
4	10	10	10	9	9	7
5	10	10	10	11	10	5
6	10	10	10	10	10	4
7	10	10	10	10	10	5
8	10	10	10	9	10	5
9	10	10	10	10	10	5
10	10	10	10	10	10	5
11	10	10	10	10	10	5
12	10	10	10	10	10	5
13	25	17	17	26	58	32
14	33	25	24	42	77	48

2	Veränderung in Prozent im Verhältnis zur darüber liegenden Einkommenklasse							
3	51	51	55	37	39	34		
4	35	37	35	27	26	31		
5	24	25	23	30	33	27		
6	19	19	20	25	23	22		
7	16	16	17	29	29	28		
8	14	14	14	21	23	22		
9	13	13	13	33	31	32		
10	10	10	10	13	12	6		
11	10	10	10	11	11	10		
12	10	10	10	10	10	10		
13	14	14	7	15	43	26		
14	6	6	6	12	12	12		

Vergleich der alten zu den neuen Zahlen (prozentuale Veränderung) jeweils relativ zum 2014 Stand und zur nächst niedrigeren Einkommenstufe.

Dabei fällt auf, daß die alten Beiträge zum mindest halbwegs einem Schema folgten - in den neuen Beiträgen schon in der Progression krasse Sprünge sind (insbesondere bei Kindern über 3 Jahren). Da hat doch jemand gewürfelt, und nicht mitgedacht. Insbesondere 77% (!!!!!!!) sind ein ausgesprochen schlechter Scherz. Wenn die Progression von 12->13 und 13->14 bei 9-10% liegen würde, wäre man immer noch bei 21% Steigerung.

JA kann ich verstehen, daß die Stadt weitere Stufen einführen möchte - ein kategorisches Ablehnen bringt da nix.

Die Erhöhung der unteren Einkommenklasse finde ich absolut i.O.; Es geht ja hier darum, Verwaltungskosten zu sparen bei Fällen, die im Zweifel eh zu einem 0-Beitrag für die Stadt führen würden.

Zu Punkt zwei (Zusatzbeiträgen bei Tagesshiffe wg Schließzeiten) - hier finde ich, daß eine klare Aussage fehlt, wieviel Schließzeiten (inkl Konzeptionstagen) pro Einrichtung denn in den normalen Beitrag eingerechnet sind (bzw meine Frage wäre: ist das an anderer Stelle genau geregelt?). Hier wird es ja relevant.

> Hallo Herr Beumers,
>
> nach Rücksprache mit den Elternbeiräten der Kita Markussstrasse, finden Sie
> beigefügt unsere Anmerkungen und Bedenken mit der Bitte diese vorzutragen. Bitte
> halten Sie uns auf dem Laufenden und geben uns eine Rückmeldung wie es jetzt
> weitergeht. Zudem sollten wir uns offen halten die Öffentlichkeit/Presse in das
> Thema einzubinden.

> Zu Punkt 1.) Die Erhöhung der Beitragssätze um generell 10% ist zu hoch.

> Hierzu zwei Zitate von der Homepage der Stadt Niederkassel:

> ...Ein attraktiver Wohnort mit einem erstklassigen Bildungs- und
> Betreuungsangebot für Kinder und Jugendliche. (...) machen
> Niederkassel nicht nur für junge Familien attraktiv.

> ...Nordrhein-Westfalen soll zum kinder- und familienfreundlichsten
> Land in Deutschland werden.

> Eine Erhöhung um 10% passt mit dem öffentlichem Anspruch der
> Stadt Niederkassel junge Familien zu fördern und zu unterstützen nicht überein.
> Eine moderate Erhöhung um 5% wäre für junge Familien sicherlich besser
> zu stemmen.

> 2.) Die zusätzlichen Einkommensstufen stellen Familien deutlich
> schlechter als zuvor und ist vollständig abzulehnen.

> Eine Familie mit einem Einkommen i.H.v. 85 T€ zahlt bis zu 58% mehr als
> bisher (Kinder ab 3 Jahre, 35 Stunden).
> Eine Familie mit einem Einkommen i.H.v. 91 T€ zahlt bis zu 77% mehr als
> bisher (Kinder ab 3 Jahre, 35 Stunden).

> Die Einführung und die dazugehörigen Beiträge sind einer Prüfung zu unterziehen.
> Hier ist vermutlich ein Fehler in der Berechnung passiert oder niemand
> hat sich Gedanken gemacht, was das für diese Familien bedeutet. Bei
> zwei berufstätigen Eheleuten kann ein Elternteil direkt zu Hause
> bleiben. Die Kosten für den Kindergartenplatz würden die Einnahmen aus
> der Arbeit komplett auffangen. Hier werden dann Kinder aus der Kita
> eventuell abgemeldet, weil es aus wirtschaftlichen Dingen keinen Sinn
> mehr macht. Das kann doch niemals der Anspruch einer familienfreundlichen Stadt
> sein!

> Zudem birgt die Einführung die Gefahr, dass sich finanzstarke Familien
> vollständig aus den Kitas der Stadt verabschieden und sich eigene
> fachlich versierte Kinderbetreuung organisieren mit zusätzlich
> flexibleren Zeiten. Damit wäre das gesamte neue Modell der
> Gebühreordnung bereits gescheitert, weil dies erhebliche Mindereinnahmen zur
> Folge hätte.

> 3.) Seitens der Verwaltung wird vorgeschlagen, die Einkommensstufe 1
> - Beitragserfreiheit auf bis 18.000,00 € zu ändern.

> Die Begründung, dass Erlössanträge mit erheblichem Aufwand verbunden
> sind, ist in erster Linie verständlich. Aber: Von wie vielen Anträgen
> sprechen wir, die in die Spanne 16-18 T€ fallen? Wie viele Kindergartenplätze
> werden regulär bezahlt?

- > Pro Kindergartenkind würden der Stadt im Jahr 504 Euro verloren gehen
- > (Annahme Kind 45 Stunden über 3 Jahre, aktuelle Gebühren 42 Euro pro Monat), wenn man nun die Stufe 1 anhebt. Das kann sich aus unserer Sicht nicht rechnen.
- > Insgesamt ist es unverständlich, dass Eltern mit einem höheren Jahreseinkommen zukünftig deutlich stärker zu Kasse gebeten werden
- > Sollen und Familien mit einem geringen Einkommen weniger zahlen. Zudem ändert sich an der "Leistung" der Kinderbetreuung nichts. Es bleibt alles beim alten - aber es wird deutlich teurer. Der
- > höhere Beitragssatz kommt somit in keiner Weise den Kindern zu gute (zum Beispiel in Form von mehr
- > Betreuungspersonal, erweiterte Öffnungszeiten o.ä.), sondern dient
- > etwas überspitzt gesagt- einzlig und allein als
- > Geldbeschaffungsmaßnahme der Stadt. Ebenso hätte man Hundesteuer oder Gewerbesteuer erhöhen können. Aber Gewerbetreibende, die jederzeit abwandern können, mit höheren Steuern zu belegen ist natürlich risikoreicher als Eltern, die sich für die Kommune Niederkassel als Wohnort und Lebensmittelpunkt entschieden haben!
- > Viele Grüße